

# RS Vwgh 2017/2/9 Ra 2016/11/0180

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 09.02.2017

## Index

10/01 Bundes-Verfassungsgesetz (B-VG)  
10/07 Verwaltungsgerichtshof  
29/09 Auslieferung Rechtshilfe in Strafsachen  
40/01 Verwaltungsverfahren  
60/01 Arbeitsvertragsrecht

## Norm

AVRAG 1993 §7m  
B-VG Art133 Abs4  
EU-VStVG 2008  
RHStRÜbk Eur 2005  
VwGG §28 Abs3  
VwGG §34 Abs1

## Rechtssatz

Der VwGH hat entgegen dem Zulässigkeitsvorbringen der Revision im Rahmen des Art. 133 Abs. 4 B-VG nicht als Rechtsfrage zu beantworten, "welche bestimmten Tatsachen vorliegen müssen", um eine wesentliche Erschwerung oder Unmöglichkeit der Strafverfolgung oder des Strafvollzuges annehmen zu können. Vielmehr handelt es sich dabei um eine Beurteilung im Einzelfall, ob die jeweils konkret ins Treffen geführten Umstände zur genannten Erschwerung oder Unmöglichkeit führen.

## European Case Law Identifier (ECLI)

ECLI:AT:VWGH:2017:RA2016110180.L03

## Im RIS seit

23.04.2020

## Zuletzt aktualisiert am

23.04.2020

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)